Aus Bund und Ländern

Arzneimittel: Preisvergleichsliste beschlossen

KÖLN. Die Preisvergleichsliste für Arzneimittel ist fertig. Am 23. September 1986 hat der Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen die Beratungen abgeschlossen. Über dieses Werk der gemeinsamen Selbstverwaltung soll auch auf der Herbstsitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen berichtet werden.

Mit der Preisvergleichsliste steht den Ärzten nach Ansicht des Bundesausschusses zum Ende des laufenden Jahres ein handliches Informationsmittel zur Verfügung, das für die Praxis konzipiert ist: Es werden in knapper Form Preise einander gegenübergestellt und bewertende pharmakologische Hinweise gegeben.

Die Gruppeneinteilung in der neuen Preisvergleichsliste dient nach Auffassung des Bundesausschusses Ärzte und Krankenkassen dazu, das Problembewußtsein des Kassenarztes bei seiner Verordnungstätigkeit zu schärfen und ihm eine Beratungshilfe für eine wirtschaftliche Verordnung zu geben. Vorspanntexte und Zuordnungen einzelner Arzneimittel in den Indikationsgruppen folgen dem ständig im Fluß befindlichen Stand der pharmakologischen Wissenschaft; sie werden daher fortlaufend überprüft.

Der Bundesausschuß stellte nochmals fest, die neue Preisvergleichsliste sei weder eine Positiv- noch eine Negativliste: Die in der Liste aufgeführten Arzneimittel sind in der kassenärztlichen Versorgung nach den Grundsätzen der Therapiefreiheit und der pflichtgemäßen Beurteilung durch den Kassenarzt verordnungsfähig. PdÄ

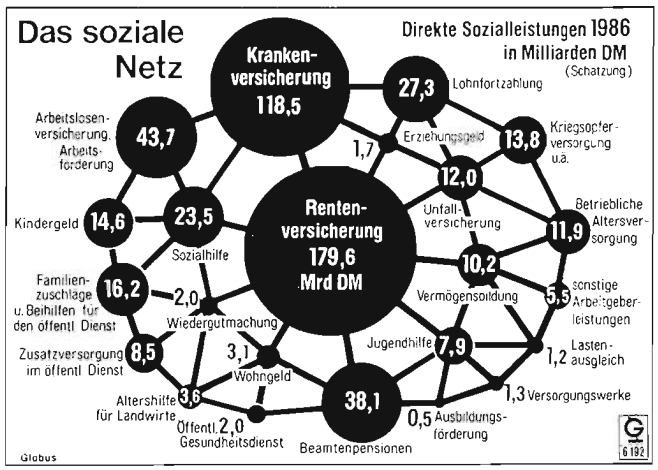
Fallzahlen sind wieder gestiegen

KÖLN. Nach Jahren der Stagnation beziehungsweise des nur verhaltenen Wachstums nahmen im ersten Quartal des laufenden Jahres die Fallzahlen (Zahl der abgerechneten Krankenscheine) mit 2,5 Prozent je Versicherten wieder zu. Dies geht aus der Fallzahlenermittlung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung und des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen hervor.

Infolge der gestiegenen Morbidität ist auch die rückläufige Entwicklung der Patientenzahlen pro Arztpraxis gestoppt worden. Die abgerechneten Krankenfälle je Arzt wuchsen im Verhältnis zum Quartal I/1985 um 0,4 Prozent. Die individuelle Auslastung der Arztpraxis aber wächst wegen des weiter anhaltenden Zugangs bei den Arztzahlen (+ 2,1 Prozent) langsamer als die Morbidität der Versicherten.

Die abgerechneten Original-Krankenscheine, die 67 Prozent sämtlicher Fälle repräsentieren, sind im ersten Quartal 1986 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1,3 Prozent gestiegen. Die Zahl der Überweisungsscheine nahm um fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal zu.

Bei den Überweisungsscheinen sind auch Notfall- und Vertreterscheine mit berücksichtigt worden. Insbesondere bei Allgemeinärzten/praktischen Ärzten war eine starke Zunahme der Notfall-/Vertreterscheine zu verzeichnen. EB



Rund 540 Milliarden DM werden Staat, Sozialversicherung, Betriebe und andere Stellen im Jahr 1986 für direkte Sozialleistungen aufwenden. Davon entfällt ein Drittel auf die Rentenversicherung, ein gutes Fünftel auf die gesetzliche Krankenversicherung. Weitere große Posten sind Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung, die Beamtenpensionen sowie die Lohnfortzahlung der Betriebe im Krankheitsfall Globus

Strahlenbelastung geringer als vorausgeschätzt

BONN. Die tatsächliche Strahlenbelastung der Bevölkerung als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl ist geringer als vorausgeschätzt. Der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission, Professor Erich Oberhausen, teilte in einem Gespräch mit Bundesumweltminister Walter Wallmann mit, daß Ganzkörpermessungen Werte ergeben hätten, die für die Cäsium-137-Inkorporation beträchtlich unter den von der Kommission vorausberechneten lagen.

Professor Oberhausen führte diese Tatsache auch auf die auf Empfehlungen der Kommission getroffenen Vorsorgemaßnahmen der Bevölkerung zurück. Die Entscheidungen der Bundesregierung auf der Grundlage dieser Empfehlungen hätten sich als richtig erwiesen.

Ein erneuter Anstieg der Cäsium-Konzentration in Fleisch und Milch könnte sich allerdings mit Beginn der Winterfütterung in den durch den Reaktorunfall höher belasteten Regionen der Bundesrepublik ergeben, falls dort Futter, das als erstes nach dem Unfall geerntet wurde, verfüttert würde.

Das Bundesumweltministerium teilte mit, daß gegenwärtig an einem Gesetzentwurf zur besseren Erfassung, Koordinierung und Bewertung von Meßdaten der Umweltradioaktivität gearbeitet werde. Ferner wolle man ein Verfahren für die Erarbeitung von bundesweit verbindlichen Empfehlungen und Maßnahmen festlegen. EB

Zentralkomitee zur Tbc-Bekämpfung

MAINZ. Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hat seinen Sitz von Hamburg nach Mainz verlegt. Die neue Anschrift lautet: Abteilung für Pneumologie, Universitätsklinikum Mainz, Langenbeckstr. 1, 6500 Mainz 1 (Telefon: 0 61 36/84 24). wz